

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Die Woche begann leider gleich mit einer bösen Überraschung. Die rot-grün-gelbe Bundesregierung will die Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme vorzeitig zum Jahresende beenden. Statt sieben Prozent sind dann wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig. Gas und Fernwärme dürften also teurer werden. Dabei allein wird es nicht bleiben. Die Bundesregierung hat viele weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen auf den Weg gebracht. CDU und CSU setzen angesichts der weiter hohen Inflation dagegen auf Entlastung – etwa bei der Stromsteuer. Dazu mehr in diesem Newsletter.

Vor dem Bonner Landgericht begann am Montag der Cum-Ex-Prozess gegen den früheren Chef der Hamburger Privatbank Warburg, Christian Olearius. 280 Millionen Euro durch Steuerhinterziehung soll der Schaden betragen, der ihm zur Last gelegt wird. Damit rückt auch wieder die Frage ins Rampenlicht, welche Rolle der frühere Erste Hamburger Bürgermeister und jetzige Bundeskanzler Olaf Scholz in der Sache spielte. Sein Name taucht nach Zählung eines Nachrichtenmagazins 27 Mal in der Anklageschrift auf. Scholz hat drei Treffen

im Jahr 2016 mit Olearius eingeräumt. An Inhalte kann Scholz sich angeblich nicht erinnern, wohl aber Olearius. Es sei um drohende Rückzahlungsforderungen der Hamburger Finanzbehörde gegen die Bank im Zusammenhang gegangen. Scholz habe ihn an den damaligen Finanzsenator Peter Tschentscher verwiesen. Hintergrund waren die illegalen Cum-Ex-Geschäfte gegangen.

Vor einem Jahr starb nach in einem iranischen Gefängnis die damals 22 Jahre alten Kurdin Jina Mahsa Amini. Sie wurde von der iranischen Polizei festgenommen und misshandelt, weil sie angeblich ihr Kopftuch nicht richtig trug. Der Bundestag erinnerte in einer Debatte an das Staatsverbrechen und die anhaltenden Proteste vor allem der jungen Frauen gegen das Mullah-Regime im Iran. Tausende Menschen sind verschwunden, wurden getötet oder vergewaltigt, insbesondere in den Kurdengebieten des Iran. Es bleibt eine wichtige politische Aufgabe, sich für diese politisch Verfolgten einzusetzen.

Ich wünsche Ihnen trotz alledem eine schöne Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

Pakt für Wachstum und Wohlstand



Als einziges großes Industrieland ist Deutschland in eine Rezession abgerutscht. Wichtige Wirtschaftszweige befinden sich deutlich im Minus. Das Land verzeichnet einen nie dagewesenen Abfluss von Kapital für Direktinvestitionen. CDU und CSU haben jetzt einen „Pakt für Wachstum und Wohlstand“ vorgelegt, um die Negativtrends umzukehren. Es gilt den Standort Deutschland wieder attraktiv zu machen.

Von zentraler Bedeutung ist dabei eine breit abgestimmte Strategie, die wieder wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die gesamte Industrie in Deutschland schafft. Planungs- und Genehmigungsprozesse müssen erheblich beschleunigt und vereinfacht werden. Außerdem brauchen wir dringend ein Belastungsmoratorium für Unternehmen. Auf neue Belastungen, Auflagen, Berichtspflichten muss verzichtet werden. Die Betriebe müssen spürbar und rasch von Bürokratie entlastet, Investitions- und Forschungshemmnisse abgebaut werden. Dazu gehört auch eine Aussetzung der Berichtspflichten des Lieferkettengesetzes bis 2025.

Dies muss aus Sicht von CDU und CSU verbunden werden mit einer Belastungsbremse für Bürger und Unternehmen: Deckelung der Gesamtsozialabgaben bei 40 Prozent, Senkung der Unternehmenssteuern auf 25 Prozent, niedrigere Steuerbelastung einbehaltener Gewinne.

Insbesondere benötigen wir in Deutschland wettbewerbsfähige Energiepreise und eine deutliche Ausweitung des Energieangebots. Mit einer Verdreifachung der steuerlichen Forschungszulage und einem Ausbau der Forschungs- und Innovationsförderung für den Mittelstand wollen wir die Innovationskraft unserer Wirtschaft stärken.



Sebastian Brehm: „Wir brauchen Strukturreformen, um das Fundament unseres Wohlstands zu erneuern. Deutschland braucht jetzt eine Wachstumsagenda für Wirtschaft, und Arbeitsplätze, für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.“

Ampel vereitelt Senkung der Stromsteuer



Deutschlands Unternehmen leiden zunehmend unter den hohen Energiepreisen. Sie schaden der Wettbewerbsfähigkeit und mindern die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes

Deutschland. Unternehmen beginnen mit der Verlagerung energieintensiver Produktionsbereich ins günstigere Ausland. Der jüngste massive Einbruch der Produktion bei den fünf energieintensivsten Branchen ist ein weiteres unübersehbares Warnsignal. Eine rasche Lösung wäre die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau. Davon hätten auch die privaten Verbraucher etwas. Eine entsprechende Gesetzesinitiative von CDU und CSU scheiterte in dieser Woche allerdings im Bundestag an der Ampelkoalition.

Stattdessen brachte Rot-Grün-Gelb ein Energieeffizienzgesetz durchs Parlament, das nicht auf Effizienz, sondern auf eine Deckelung des Energieverbrauchs durch absolute Einsparvorgaben setzt – und so durch weitere Marktverknappung die Strompreise noch weiter in die Höhe treibt. Gleichzeitig streitet die Koalition über eine neue Subvention namens Industriestrompreis, deren Genehmigung in Brüssel Monate benötigt - wenn sie überhaupt genehmigt wird. Denn die Signale in Brüssel stehen eher auf Rot.



Sebastian Brehm: „Die Ampelkoalition lässt Wirtschaft und Verbraucher im Stich. Sie hat eine große Chance zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft vertan. Die Unternehmen brauchen Hilfe jetzt, nicht erst in Monaten. Derzeit zahlen Betriebe in Deutschland das 40-fache und private Verbraucher das 20-fache der Mindeststeuer. Das ist unfair.“

Hier geht es zu meiner [Rede im Bundestag](#).

Rot-Grün-Gelb tritt neue Teuerungswelle los

Es werde mit ihm keine Steuererhöhungen geben, versicherte einst

Bundesfinanzminister Christian Lindner. Von dem Versprechen ist wenig geblieben. Vielmehr dreht die rot-grün-gelbe Bundesregierung kräftig an den Steuer- und Abgabenschrauben - und macht Leben und Wirtschaften so zusätzlich noch teurer.

Dabei werden Gas und Fernwärme – und damit auch das Heizen - gleich doppelt teurer, und das mitten in der winterlichen Heizperiode. Denn die Bundesregierung will nicht nur die Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme vorzeitig zum Jahresende von sieben auf 19 Prozent anheben. Sie langt auch beim CO₂-Preis noch einmal hin. Er wird für 2024 von jetzt 30 Euro je Tonne CO₂-Ausstoß auf 40 Euro und für 2025 auf 50 Euro je Tonne angehoben.

Das wird nicht nur in den Heizkosten niederschlagen, sondern auch an der Zapfsäule bemerkbar machen. Beim Literpreis könnte dann öfter ein „2“ ganz vorn stehen. Besonders für Berufspendler ist das eine schlechte Nachricht, denn eine Erhöhung der Kilometerpauschale für die Fahrt zum Arbeitsplatz ist nicht in Sicht.

Auch die Logistikbranche gerät so erneut unter Preisdruck – und das gleich doppelt. Denn es ist noch ein zweiter Preistreiber im Anmarsch – eine kräftige Erhöhung der Lkw-Maut. Sie steigt

bereits zum 1. Dezember je nach Fahrzeug um 70 bis 83 Prozent. Statt bisher einheitlich 19 Cent je Kilometer werden dann zwischen 31,4 und 34,8 Cent je Kilometer fällig. Der Grund: Die Ampel hat sich eine Umweltkomponente einfallen lassen, die die Maut nun drastisch in die Höhe treibt.

Im Juli nächsten Jahres greift schon der nächste Maut-Hammer. Lkw von 3,5 bis 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht werden dann ebenfalls zur Mautzahlung herangezogen. Lediglich Handwerker sollen von dieser Regelung ausgenommen werden. Bislang sind diese Fahrzeuge vollständig mautfrei.

Diese doppelte Steigerung der Transportkosten werden die Verbraucher auch bald an der Ladenkasse spüren. Denn höherer CO₂-Preis verbunden mit höherer Maut – und damit deutlich höheren Transportkosten – werden die Preise steigen lassen.

Ein weiterer kräftiger Griff in den Geldbeutel bahnt sich bei den Sozialversicherungen an. Nach der Erhöhung der Beitragssätze zur Pflegeversicherung zur Jahresmitte von 3,05 auf 3,4 Prozent und des Zuschlags für kinderlose Beitragszahler von 0,35 auf 0,6 Prozent, steht die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen bei Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung ins Haus. Damit werden vor allem gutverdienende Beschäftigte zu Kasse gebeten.

Von einer Anhebung der Beitragssätze ist bislang noch keine Rede. Aber fraglich ist, ob es dabei bleibt. Denn die Bundesregierung will den Staatszuschuss zur inzwischen chronisch defizitären gesetzlichen Krankenversicherung ab 2024 für vier Jahre um jährlich 600 Millionen

Euro kürzen. Der Bundesanstalt für Arbeit sollen zusätzliche Leistungen aufgebürdet werden.



Sebastian Brehm: „Bürger und Wirtschaft leiden ohne hin bereits unter der hohen Inflation. Aber während die Europäische Zentralbank mit

Zinserhöhungen versucht, die Inflation in den Griff zu bekommen, tritt die Bundesregierung eine neue Teuerungswelle los. Mit dieser Politik macht die Ampel das Leben teurer und die Menschen ärmer.“

Kein Herz für Wirtshäuser



Rot-Grün-Gelb schubst Wirtshäuser, Restaurants, Cafés und Hotels in die nächste Krise. Die Ampelkoalition blockierte in dieser Woche im Bundestag die dauerhafte Verlängerung der ermäßigten Mehrwertsteuer für die Gastronomie und Hotellerie.

Der Branche geht es nach drei Verlustjahren in Folge immer noch schlecht. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz war in dieser Zeit eine echte Hilfe für Gastronomie und Hotellerie. Massive Preissteigerungen für Lebensmittelpreise und hohe Energiepreise stellen die Branche aber

weiter wirtschaftlich vor enorme Herausforderungen.

Finanzminister Christian Lindner und Bundeskanzler Olaf Scholz hatten im Wahlkampf und auch noch danach versprochen, dass der ermäßigte Steuersatz bleiben soll. Jetzt zeigt sich: Ihr Wort ist nichts wert. Hier meine Rede.

Sebastian Brehm: „1,1 Millionen Beschäftigte in Wirtshäusern, Restaurants, Cafés und Hotels sind der Ampel weniger wert als ein paar tausend lediglich geplante Arbeitsplätze in zwei Halbleiterwerken. Für zwei Großkonzerne waren ruckzuck 15 Milliarden Euro da. Die Beschäftigten in Gastronomie und Hotellerie aber sind der Ampel nicht einmal 2,7 Milliarden Euro wert.“
Hier geht es zu meine [Rede im Bundestag](#).



Strom bleibt auf Jahre hinaus teuer. Das musste das Bundeswirtschaftsministerium jetzt auf Anfrage einräumen. Die Behauptung der Grünen, mit zunehmendem Ausbau von Erneuerbaren Energien werde der Strompreis niedriger ausfallen, entpuppt sich so als Märchen.

Mit einem Schlag



Vergangenes Wochenende war die Eröffnung des Nürnberger Altstadtfestes mit Ministerpräsident Markus Söder bei strahlendem Sonnenschein: Mit einem Schlag habe ich das erste Fass Bier der Brauerei Erdinger angestochen. Ich wünsche allen Gästen ein schönes und friedliches Altstadtfest.



Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.